

Pressemitteilung

Straßenausbaubeiträge: Innenminister muss seinen Worten nun Taten folgen lassen

Verein und Fraktion der Freien Wähler Suhl begrüßen den Vorstoß von Innenminister Prof. Dr. Huber, bis zum Herbst 2010 den leidigen Streit um die Straßenausbaubeiträge in Thüringen zu beenden. Dies ist dringend nötig, denn der Streit währt in Suhl beispielsweise schon fast zehn Jahre. Mehr als 300 Grundstücksbesitzer schlossen sich in einem Verein „Interessengemeinschaft Straßenausbaubeiträge“ zusammen, nachdem sie im Jahr 2000 rückwirkend Straßenausbau-Bescheide für Instandsetzungen von Straßen und Plätzen aus den frühen 90iger Jahren erhielten. Damals wurde nicht nach dem Grundsatz gebaut, was ist wirklich nötig. Die Bürger hatten keinerlei Mitspracherecht. Alle Versuche des Vereins, eine einvernehmliche Lösung mit Stadt und Landesverwaltungsamt zu finden, scheiterten bislang. Bekannt ist, dass inzwischen Widerspruchsführer sogar mit beträchtlichen Beitragserhöhungen und Zinsforderungen konfrontiert wurden. Wir Freien Wähler halten diesen Umgang mit den Bürgern für unhaltbar. Ebenso lehnen wir die Einteilung in eine Zweiklassen-Gesellschaft bei den Straßenausbaubeiträgen ab. Wir werten es als Verfassungsverstoß, wenn Bürger, die in finanzschwachen Kommunen zu Hause sind, für Straßenausbau bezahlen sollen, jene, die in besser gestellten Gemeinden leben, dies nicht leisten müssen. Das käme einer Benachteiligung gleich. Wir haben mit Freude gehört, dass der neue Mann im Innenministerium an Begrenzung der Beiträge oder an Zugeständnisse denkt, wenn die Bauarbeiten schon so sehr lange zurückliegen. Das träfe genau auf die Suhler Situation zu. Wir appellieren an Innenminister Huber, diese Ansichten nun in die Tat umzusetzen, damit die betroffenen Bürger wieder Vertrauen in den Rechtsstaat bekommen.

Ingrid Ehrhardt
Fraktionsvorsitzende
Freie Wähler Suhl

Erhard Kretschmann
Vereinsvorsitzender
Freie Wähler Suhl

Martin Oeltermann
stellvertr. Landesvorsitzender
Freie Wähler Thüringen